

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 5. April 2003

113. Jahrgang Nr. 31.400

„Ein Argentinien für alle“

Zehntausende bei Kirchner-Wahlkampfveranstaltung / Auch Menem siegessicher

Präsidentenwahlkandidat Néstor Kirchner (PJ) hat auf der bislang grössten Wahlkampfveranstaltung vor den Wahlen am 27. April den Argentinern eine in weiten Teilen bessere Zukunft versprochen. Vor zehntausenden Zuhörern im Stadion „Monumental“ des Fussballclubs River Plate kündigte der Gouverneur von Santa Cruz am späten Mittwochnachmittag „ein Argentinien für alle“ an. Kirchner erklärte, im Falle eines Wahlsieges „Produktion, Arbeit, Justiz und Solidarität für alle schaffen“ zu wollen.

Zu der Veranstaltung hatten die Parteiführer der Justizialisten in Buenos Aires rund zehntausend mit Anhängern vollbesetzte Busse mobilisiert, um das Fussballstadion River Plate zugunsten des Kandidaten zu füllen. Nach unterschiedlichen Schätzungen fanden sich zwischen 10.000 und 50.000

Mitläufer ein. Rund um das Stadion kam es vor und nach der Veranstaltung zu einem Verkehrschaos.

Unter den prominenten Teilnehmern waren neben Kirchners Formelpartner Daniel Scioli die mit lautem Beifall begrüßte Präsidentengattin „Chiche“ Duhalde sowie die Gouverneure von Buenos Aires (Felipe Solá), Jujuy (Eduardo Fellner), Misiones (Carlos Rovira) und Tucumán (Julio Miranda).

Nach musikalischen Darbietungen zur Unterhaltung hielten Solá, Fellner und Scioli politische Reden, ehe Kirchner das Mikrofon ergriff und in freier Rede Grossbritannien kritisierte, dessen Soldaten „im Irak kämpften wie einst auf den Malwinen“. Seinem Partei- und Präsidentenrivalen Carlos Menem warf Kirchner vor, nicht gegen den Krieg einzustehen. Zudem unterstellte er dem Ex-Präsi-

denten, „Evita durch (seine ehemalige Staatssekretärin) María Julia Alsogaray ersetzt“ zu haben.

Kirchners Konkurrent Carlos Menem zeigte sich unterdessen siegessicher. Er gehe von einem Wahlsieg in der ersten Runde aus, sagte der Ex-Präsident am Mittwoch fast zeitgleich zu der Kirchner-Veranstaltung in der Fernseh- sendung „A dos voces“ von Marcelo Bonelli und Gustavo Silvestre.

Menem schätzte dabei seine Chancen auf über „40 Prozent der Stimmen und zehn Prozentpunkte Vorsprung“. Eine Umfrage bescheinige ihm sogar 46 Prozent, sagte Menem.

In „A dos voces“ bezog Menem erstmals deutlich Stellung gegen den Irak-Krieg, womit er die Position der Regierung von Präsident Eduardo Duhalde unterstützte. Die Mehrheit des Volkes und der Welt lehne den Krieg ab, sagte Menem.

„Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme.“

Seinen Kontrahenten Kirchner bezeichnete Menem in der Fernseh- sendung als „Stellvertreter- Kandidat Duhaldes“. Als solchen machte er den Gouverneur von Santa Cruz für die Zunahme der Kindersterblichkeit und der Armut im vergangenen Jahr verantwortlich.

Menem kündigte für den Fall eines Wahlsieges an, ein Ministerium für Aussenhandel schaffen zu wollen, „um Exporte zu fördern, insbesondere nach China“. Mit internationalen Finanzanstalten sei zudem bereits abgesprochen worden, dass Argentinien unter seiner Regierung „15 bis 20 Milliarden Dollar erhalten“ werde, erklärte Menem. Zudem wolle er die Kriminalität scharf bekämpfen. „Gegen Verbrecher muss hart vorgegangen werden“, forderte Menem.

„Wahlumfragen nimmt hier keiner ernst“

Deutscher Demoskop Hentschel stellt Buch über Meinungsforschung vor

Die Meinungsumfragen vor den Präsidentenwahlen am 27. April in Argentinien sollten eigentlich Aufschluss über die Gewinnchancen eines Kandidaten geben. „Die Glaubwürdigkeit dieser Umfragen ist allerdings derart im Keller, die nimmt keiner mehr ernst“, erklärte Dr. Hartmut Hentschel am Donnerstag bei der Vorstellung seines Buches „Encuestas y Opinión Pública. Aspectos Metodológicos“ (Umfragen und Öffentliche Meinung, Methodik) in der Katholischen Universität Argentinien in Buenos Aires. Der Direktor des Instituts „Demoskopia“ bemängelte, dass viele Meinungsforscher keine Kenntnisse über Umfragemethoden hätten und die Journalisten mit den fragwürdigen Daten viel zu leichtfertig umgingen.

„Die Politische Meinungsforschung ist noch sehr jung in Argentinien. Es fehlen Kenntnisse. Ich hoffe, mein Buch kann etwas aufklären.“ Hentschel, der 1989 das Institut „Demoskopia“ in Bue-

nos Aires gründete und zuvor in Deutschland beim Meinungsforschungsinstitut Allensbach tätig war, bezeichnete die Auftragsvergabe von Umfragen in Argentinien als „ein Drama“. „Die Institute wollen schnell Geld verdienen. Qualität zählt nicht. Fälschung und Manipulationen zu Gunsten der jeweiligen Parteien werden so gefördert.“

Der Autor kritisierte, dass im Gegensatz zu Deutschland, wo es in Wahlkämpfen viel mehr um politische Inhalte und Programme ginge, die politische Führung in Argentinien die Wahlen als „reines Machtkarussell“ ansehe. „Mit jeder Umfrage steigt die Nervosität der Präsidentschaftskandidaten. Je nach Umfrageergebnis werden sie verunsichert, schwenken um und machen dann grosse Dummheiten, erläuterte Hentschel, der auch als Wahlkampfberater gearbeitet hat.

Als Beispiel, wie ein Methodenfehler in einer Umfrage sich auswirken könne, führte Hent-

schel eine Untersuchung aus der Provinz Córdoba an. „Dort wurde gefragt, wo denn der Schuh drückt. Bei nur einer Antwortoption sackte die Innere Sicherheit dadurch deutlich ab, nach unseren Untersuchungen war dieses Problem aber für 70 Prozent der Bevölkerung wichtig.“ Nach einem solch verzerrten Ergebnis würde sich dann eine Partei ausrichten.

Zum Wahlausgang selbst mochte der Meinungsforscher keine Aussage machen. „Wir haben

22 Präsidentschaftskandidaten. Man stelle sich nur vor, allein die CDU in Deutschland würde drei Kanzlerbewerber aufstellen!“ Hentschel geht jedoch davon aus, dass es kein Bewerber im ersten Wahlgang schafft. Im zweiten Urnengang könnten vier Kandidaten konkurrieren. „Die Wahlkoalitionen stellen ein undurchsichtbares Gebiet dar. Wer heute Gegner ist, wird morgen Freund. Mit Logik ist das hier nicht zu erklären.“

ade



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Divergierende Umfrageergebnisse

Meinungsforscher sehen keinen Favoriten / Sicher scheint nur Ballotage

Gut drei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen am 27. April geben sich die argentinischen Meinungsforscher in ihren Wahlprojektionen völlig uneinheitlich. Je nach Umfrage (und Auftraggeber) wechseln sich dabei zumeist die drei PJ-Kandidaten Néstor Kirchner, Carlos Menem und Adolfo Rodríguez Saá an der Spitze ab.

Nur eines scheint 22 Tage vor der Wahl klar zu sein: Eine Ballotage, ein zweiter Wahlgang, dürfte unvermeidlich sein. Bisher sieht keines der zahlreichen Meinungsforschungsinstitute einen Kandidaten in der Lage, im ersten Durchgang die absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen oder alternativ 40 Prozent bei einem Vorsprung von zehn Prozentpunkten vor dem Zweitplatzierten. In beiden Fällen wäre eine Ballotage hinfällig - ein Szenarium, das derzeit jedoch undenkbar erscheint.

So veröffentlichte etwa am Wochenende die Zeitung „La Nación“ eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos-Mora y Araujo, in der die Formel Kirchner/Daniel Sciolo mit rund sechs Prozentpunkten vor den beiden „Verfolgern“ Carlos Menem/Juan Carlos Romero und

Adolfo Rodríguez Saá/Melchor Posse lag. Am Montag dann erschien eine Befragung des Instituts Hugo Haime, die das Tandem Menem/Romero auf Rang eins sah - mit einem Prozentpunkt Vorsprung. Am selben Tag veröffentlichte auch Catterberg y Asociados eine Umfrage, die den Ex-Präsidenten auf Rang eins sah. Doch auch der ehemalige Gouverneur von San Luis und Siebe-Tage-Präsident Rodríguez Saá lag bei diversen Umfragen schon vorne.

Während die Meinungsforschungsinstitute vielfach auf die statistische Fehlermarke verweisen, sieht Demoskop. Mora y Araujo den „Fehler“ nicht zuletzt bei den Befragten: „Viele Wähler sind noch völlig unentschlossen.“ Es fehle die „Identifikation“ mit den Kandidaten, wodurch es bei vielen Befragten in unterschiedlichen Umfragen zu unterschiedlichen Antworten komme. Einheitlich geben sich die Demoskopien hingegen bei der Bewertung der Chancen von UCR-Kandidat Leopoldo Moreau: Dem Bürgerlichen werden kaum 5 Prozent der Stimmen eingeräumt.

Regierungsfähigkeit

Immer wieder tauchen in der argentinischen Politik allerlei Vorschläge auf, die auf eine grundsätzliche Vereinbarung über bestimmte politische Ziele der massgebenden Parteipolitiker hinauslaufen. Die Übung wird in Anlehnung an den parteipolitischen Kompromiss spanischer Politiker nach dem Tod des Diktators Francisco Franco vor einem Vierteljahrhundert „Moncloa-Pakt“ genannt, als ob in Argentinien ähnliche politische Verhältnisse gelten würden wie damals in Spanien. Nichts dergleichen stimmt, aber die Erinnerung an den erfolgreichen spanischen Pakt im Moncloa-Palast nährt solche Vorschläge. Der Pakt ebnete den Weg zur spanischen Demokratie unter der Ägide des Königs Juan Carlos.

Nun ist es dem Vorsitzenden der nationalen Deputiertenkammer, Eduardo Camaño, eingefallen, die Parlamentarier aufzufordern, sich zu verpflichten, der kommenden gewählten Regierung ihre Unterstützung zu mindestens für die ersten Monate zu verheissen, wer immer auch die Wahlen gewinnen mag. Das soll laut Camaño die Regierungsfähigkeit sichern, Spanisch genannt „governabilidad“ und Englisch „governance“.

Der Vorstoss Camaños erfolgt knapp einen Monat vor den landesweiten Wahlen am 27. April und weniger als zwei Monate vor der Amtsübergabe am 25. Mai mit oder ohne Stichwahl am 18. Mai. Die Parlamentarier bereiten sich längst für den Wahlfeldzug vor, so dass erwartet wird, dass ihre Tätigkeit im Kongress fühlbar erlahmen dürfte, gegebenenfalls sogar ganz eingestellt werden wird, wenn der Wahlfeldzug in die letzten beiden, sicherlich entscheidenden Wochen zu Ostern und nachher eintritt.

Camaño wird für sein Projekt politische Gespräche mit den Vorsitzenden der 44 Fraktionen führen müssen, in die die Deputiertenkammer aufgespalten worden ist. Auch der Senat müsste das nachvollziehen, damit ein solcher politischer Pakt wirkungsvoll gestaltet werden kann. In der Substanz geht es um die Fraktionen der Justizialisten, die neuerdings in mindestens drei aufgespalten worden sind, von denen jeder auf seinen Präsidentschaftskandidaten Menem, Kirchner und Rodríguez Saá hört.

Ein Erfolg oder Misserfolg Camaños wird möglicherweise weitgehend davon abhängen, ob die justizialistischen Fraktionen im Kongress nach den Wahlen sich wieder vereinen oder die Spaltung endgültig verbiefen. Indessen werden auch Politiker der UCR und der Abspaltungen des verbleibenden Frepaso sowie der Provinzparteien mitreden wollen.

Ein politischer Pakt, wie er Camaño vorschwebt, würde zumal die Zeitspanne umfassen, die nach der Amtseinsetzung des gewählten Präsidenten am 25. Mai bis zum 10. Dezember 2003 läuft, weil an diesem Tag die von jetzt bis Oktober zu wählenden Deputierten und Senatoren ihre Ämter revalidieren oder neu bestellen. In der Übergangszeit amtiert der Kongress, wie er im Jahr 2001 gewählt worden ist.

Neue Besen pflegen auch in der Politik besser zu kehren. Der gewählte Präsident ist angehalten, gleich von Anfang an die Akzente seiner Regierung zu setzen, mit Gesetzesprojekten vorzupreschen, die dem Kongress vorgelegt werden, und somit deutlich zu zeigen, wohin der

Kurs steuert. Als Alternative zu Querschüssen im Kongress kann der Präsident freilich mit Notstandsdekreten regieren, die solange Gesetzeskraft besitzen, wie sie der Kongress nicht mit qualifizierter Mehrheit aussetzt. Ein Pakt zur Regierungsfähigkeit sollte den Einsatz solcher Notstandsdekrete verhindern, worauf Kammerpräsident Camaño sicherlich setzt.

Interimspräsident Duhalde erhielt die Unterstützung des Kongresses für seine Notstandsgesetze zu Beginn 2002, die die verheerenden Folgen der Maxiabwertung mit asymmetrischer Pesifizierung herbeiführten. Dem gleichen Kongress will Camaño die Verpflichtung zwecks Regierungsfähigkeit aufbürden, dass er sich mit der Exekutive für den künftigen Regierungskurs einsetzt, den gegenwärtig niemand kennt, ist doch das Wahlergebnis nach wie vor offen. Nach den Wahlen pflegen sich die Versprechungen der Wahlfeldzüge anders zu lesen. Genau das betrifft die Regierungsfähigkeit ab 25. Mai.

Rundumschlag von Rodríguez Saá

Präsidentschaftskandidat Adolfo Rodríguez Saá hat seinen Gegner Néstor Kirchner bezichtigt, eine Politik der Korruption zu betreiben. „Seine Vorschläge zur Beschäftigungspolitik werden über Bestechung und die Verschwendung von Staatsmitteln finanziert“, sagte der ehemalige Siebentage-Präsident am Mittwoch bei einer Wahlkampfveranstaltung im Paseo La Plaza in Buenos Aires.

Rodríguez Saá versprach zugleich, bei einem Wahlsieg gegen „strukturelle Korruption und Bürokratismus“ anzukämpfen. Ausserdem wolle er drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen, die Rentenbezüge um 300 Pesos anheben und das Zugnetz verbessern. Zudem wolle er sich dem Ausbau eines „föderalen Landes“ widmen. In diesem Sinne sei die Kanalisation des Flusses Bermejo notwendig. Deren Kosten bezifferte der Präsidentschaftskandidat auf rund 4,7 Milliarden Dollar, „die gleiche Summe, mit der die Regierung Duhalde beabsichtigt, die Banken zu entschädigen“. Neben Duhalde und Kirchner kritisierte Rodríguez Saá in einem Rundumschlag auch die beiden Präsidentschaftskandidaten Carlos Menem und Ricardo López Murphy.

Rodríguez Saá wurde bei dem Auftritt von seinen Gefolgsleuten Alberto Cormillot, Pablo Challú, Enrique Rodríguez, Julio Piumato und Alejandro Amor begleitet, allesamt Kandidaten für die Wahl zum Stadtregierungschef von Buenos Aires.

Am Tag der Wahlkampfauftritte, an dem Néstor Kirchner im Riverstadion und Carlos Menem in einer Fernsehsendung für ihre Kandidaturen warben, versprach Rodríguez Saá, dass er als gewählter Präsident dafür kämpfen werde, dass es „in Argentinien keine Bestechungsgelder mehr geben wird“.

Der ehemalige Gouverneur von San Luis kündigte auch an, in seiner Präsidentschaft 1,2 Mrd. Bäume pflanzen zu wollen. Im Abstand von rund zwei Metern aufgereiht, würde die Baumkette etwa 66 Mal um die Erdkugel reichen.

WOCHENÜBERSICHT

UCR-Wahl

In der krisengeschüttelten Unión Cívica Radical werden am Sonntag vier Parteilisten für die Internwahl des Anwerbers auf die Regierung von Buenos Aires Stadt antreten.

Hi-tech-Unwissen

Präsidentschaftskandidatin Elisa Carrió hat sich beschwert, dass die Regierung auf ihre Forderung, bei den kommenden Wahlen ein elektronisches Abstimmssystem zur Verhinderung von Wahlbetrug einzusetzen, nicht reagiert. Zu der Frage, wie die Regierung die finanziellen Mittel für ein derartiges landesweit flächendeckendes System aufreiben soll, hat sich Carrió nicht geäußert.

Ungeklärter Grossbrand

Unbekannte haben auf einer Halde im Süden von Gross-Buenos Aires rund 100 abgestellte Stadtbusse angezündet. Da gegen die Inhaberin, die Firma Río de La Plata kürzlich ein Insolvenzverfahren gestellt wurde, und die ihren Fahrern mehrere Monatslöhne schuldig geblieben ist, wird ermittelt, ob es sich um ein Betrugsmanöver, einen Racheakt oder einen Unfall gehandelt hat.

Müllberge

Der 24-stündige Streik des Müllabfuhrpersonals kam für die

Stadtregierung so überraschend, dass die Hausbewohner nicht verständigt wurden, dass sie am Dienstagabend die Müllbeutel nicht auf die Gehsteige legen sollen. Am Mittwoch waren Teile der Stadt kaum passierbar.

Expräsident vor dem Kadi

Untersuchungsrichter Bergés ermittelt über mutmassliche Unregelmässigkeiten bei der Konzessionsverleihung der Präsident Illia-Autobahn gegen den ehemaligen Präsidenten de la Rúa, den ehemaligen Generalstaatsanwalt Mancera, den ehemaligen Schatzsekretär der Stadt Delle Ville und den ehemaligen Vorsitzenden der Konzessionärin Servente. Er hat keine Untersuchungshaft, jedoch die Pfändung von drei Millionen Pesos des Privatvermögens de la Rúa verhängt. Die Verteidiger des ehemaligen Staatschefs werden Berufung einlegen.

Geld für Wahlkommissare

Zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens sollen die Bürger, die zur Anwesenheit und Kontrolle an den Wahltischen verpflichtet werden, auch bezahlt werden. Statt der vorgesehenen 20 Pesos sollen es nun 100 Pesos sein.

Sport im Gefängnis

Vizepräsidentenkandidat Daniel Scioli hat mit dem Justiz-

minister der Provinz Benos Aires ein Abkommen über Sport in Gefängnissen der Provinz unterzeichnet. Wie das in den notorisch überfüllten Gefängnissen umgesetzt werden soll, wurde zunächst nicht mitgeteilt.

Contra für Ruckauf

Eine Parlamentariergruppe, darunter Elisa Carrió, Alicia Castro, Patricia Walsh, Alfredo Bravo und Luis Zamora, wollen einen politischen Prozess gegen Aussenminister Carlos Ruckauf anstrengen, weil er verhindert habe, dass die UNO-Menschenrechtskommission über die Lage im Irak debattiere. Es wird angenommen, dass damit die Abgeordneten kandidatur Ruckaufs bei den kommenden Wahlen blockiert werden soll.

Gefährlicher Sprengstoffraub

Ein Lkw mit 160 kg Penetrit, dem äusserst starken Sprengstoff für den Bergbau, mit dem auch das Attentat gegen die israelische Bot-

schaft verübt wurde, ist auf dem Weg nach Chile überfallen und ausgeraubt worden. Nun beginnt das Rätselforschen um die möglichen Anwendungen des Raubgutes.

Pfarrer als Verkehrspolizist

In den lange anhaltenden Kompetenzstreitigkeiten verschiedener Behörden um das Verkehrsverbot schwerer Fahrzeuge in der alten Innenstadt, in der historische Gebäude durch die Erschütterungen schwere Schäden erleiden, hat der Pfarrer Francisco Delamer von der St. Ignaz von Loyola Kirche das Heft in die Hand genommen und in Baskenmütze und mit einer Polizeipeife, unterstützt von Gläubigen seiner Kirche, den Verkehr vor derselben, Alsina Ecke Bolívar, persönlich angehalten. Das alter Gebäude hat bedenkliche Risse in seinen Mauern. Daraufhin konnte die Umleitung der Busse endlich durchgesetzt werden. Dessen ungeachtet soll sie wegen ihrer mutmasslichen Verfassungswidrigkeit beanstandet werden.

TABELLEN

Fußball

Copa Libertadores - Vorrunde

u.a. Boca Juniors - Colo Colo (Chi) 2:2. Libertad (Par) - River Plate verschoben.

Torneo Clausura

Siebter Spieltag: Gimnasia LP - Boca 0:2, River - Arsenal 3:1, Racing Club - Unión 0:2, Vélez - Rosario Central 5:2, Colón - Independiente 1:1, Huracán - Estudiantes 1:1, Chacarita - Talleres 2:1, Newell's - Chicago 2:2, Lanús - San Lorenzo 2:3, Olimpo BB - Banfield 2:0.

Tabellenspitze: 1. Boca 18 Punkte; 2. River und Vélez, je 16.

Randglossen

Die Loyalität der Politiker pflegt mit den Vorteilen zu schwanken, die sie gegenüber den Regierenden erwarten. Ein Schulbeispiel bildet die Haltung des Exgouverneurs von Santiago del Estero, Carlos Juárez. Dieser beherrscht die politische Szene seiner Provinz seit einem halben Jahrhundert, wurde fünf Mal zum Gouverneur gewählt und hat jetzt aus Altersgründen das Amt seiner Gattin überlassen. Juárez hat den Wählern seiner Provinz empfohlen, für Kirchner und gegen Menem zu stimmen, weil letzterer ihn als Präsident angeblich diskriminiert habe. Es ging damals um die Erweiterung der Investitionssubventionen auf Santiago del Estero. Diese Förderung, die vier Provinzen seit über zwanzig Jahren geniessen, ist besonders kostpielig für die Staatsfinanzen, weshalb sie abzubauen und nicht zu erweitern ist. Die damalige Loyalität des Gouverneurs Juárez mit dem Präsidenten Menem landete somit im Eimer.

Wahlschwindel taucht immer wieder wie eine ansteckende politische Krankheit auf. Die Internwahlen der Justizialisten der Provinz Buenos Aires, um vor allem Kandidaten für Bürgermeisterämter zu küren, gingen glimpflich über die Bühne, ausgenommen im Vorort Lomas de Zamora, wo Präsident Duhalde beheimatet ist. Jorge Rosa siegte mit 41 Prozent vor María Elena Torresi de Mercuri mit 38 Prozent der Stimmen. Daraufhin erhob letztere Klage wegen Wahlschwindel, weil ihr Gegner angeblich Stimmen für je 20 Pesos gekauft hatte, davon die Hälfte als Vorschuss und die andere nach abgegebener Stimme im eigenen Wahllokal. Die Präsidentengattin Chiche Duhalde stützte die Verliererin, Gattin eines mächtigen Provinzpolitikers. Für beide ist das Wahlfiasco sicherlich peinlich. Die Parteinstanzen müssen nun entscheiden, ob Stimmenkauf mit Wahlschwindel identisch ist, zumal nicht bewiesen werden kann, für welche Kandidaten die Parteimitglieder in geheimer Wahl stimmen.

Souveräne „Gauchos“

Buenos Aires (AT) - Weder die Regenpause von gut einer Stunde noch eine Hundertschaft lautstarker russischer Fans hat der argentinischen Tennis-Nationalmannschaft am Freitag etwas anhaben können: Das Team von Kapitän Gustavo Luza führt nach den beiden Auftakteinzeln des Daviscup-Viertelfinales gegen Russland mit 2:0. Bereits am heutigen Samstag können David Nalbandian/Lucas Arnold mit einem Sieg im Doppel gegen Jewgeni Kafelnikow/Marat Safin den entscheidenden dritten Punkt einfahren und die Qualifikation für das Halbfinale sichern.

Damit wäre dem Team dann zugleich die Revanche für die Halbfinal-Niederlage aus dem Vorjahr in Moskau gegen denselben Gegner geglückt. Ähnlich wie vor zwei Monaten die deutsche Daviscup-Mannschaft beim 0:5 war auch das russische Team zumindest am Freitag den „Gauchos“ in allen Belangen klar unterlegen. Vor 10.000 Zuschauern brachte der Welttranglisten-Zehnte Nalbandian am Freitagvormittag die Gastgeber mit einem souveränen 6:2, 6:2, 7:5 gegen Nikolai Davidenko in Führung. Der Wimbledon-Finalist liess sich dabei weder von leichtem Nieselregen noch einer 60-minütigen Spielunterbrechung aus der Ruhe bringen.

Noch deutlicher setzte sich im zweiten Einzel Gastón Gaudio gegen den ehemaligen Weltranglisten-Ersten Kafelnikow durch. Nach gerade mal 103 Minuten hiess es 6:4, 6:0, 6:2 für die „Katze“, die damit auch ihr zwölftes Daviscup-Einzel vor heimischer Kulisse gewann.

„Den Stolz nach Hause tragen“

Zwei deutsche Zimmerleute führt die „Walz“ durch Argentinien

Von Stefan Kuhn

Es sind zwei ungewöhnliche Gestalten, die da durch die Fußgängerzone Florida schlendern und die Blicke auf sich ziehen. Hochgewachsene junge Männer mit schwarzen Schlapphüten, schwarzen Schlaghosen, schwarzen Westen und Jacken mit auffallenden großen Knopfreiern und einem schwarzen Schlips über dem weißen kragenlosen Hemd. Mirko Grunwald (24) aus Schwerin und Axel Zierdt (25) aus Fürstenwalde bei Berlin sind Zimmermannsgesellen, die die „Walz“, die Wanderschaft, nach Argentinien verschlagen hat.

Mirko und Axel haben sich in Nürnberg getroffen und sind dann gemeinsam weitergezogen - durch Süddeutschland, die Schweiz, Südafrika. Seit zwei Monaten sind sie in Südamerika, ein eher seltenes Ziel für Wandergesellen. Hier gibt es wenig Anlaufstellen und wenig Arbeit. Mirko weiß jedoch von mindestens acht Gesellen, die durch den Subkontinent reisen. Man läuft sich in Peru oder Bolivien über den Weg, man tauscht Erfahrungen aus und hört von anderen, die gerade unterwegs sind.

Reisen ist für die Wandergesellen Selbstzweck. Erfahrungen, Neues sehen und kennen lernen sind das wichtigste auf der Wanderschaft. Warum Argentinien? „Ich wollte mir das einfach mal angucken“, sagt Mirko. „Und den Regenwald sehen“, ergänzt Tanja, Mirkos Freundin, die in Buenos Aires dazugestoßen ist. Die in Berlin arbeitende Bibliothekarin ist „stolz“ auf ihren Freund und reist ihm immer nach, „wenn Arbeit und Finanzen das zulassen“.

Drei Jahre und einen Tag dauert die Wanderschaft, bei der man längstens ein halbes Jahr in einem Betrieb arbeiten darf und höchstens vier Monate ohne Arbeit „tippeln“. Der Heimatort ist während dieser Zeit mit einem „Bannkreis“ von 50 Kilometern belegt, den man nur in Ausnahmefällen betreten darf. Mirko hat noch etwas über ein Jahr vor sich, Axel gerade die Hälfte der Wanderzeit hinter sich.

Etwa 600 Wandergesellen aus über 30 verschiedenen Berufen sind derzeit weltweit unterwegs. Die meisten davon in Europa, wo ein dichtes Netz an Anlaufstellen und Herbergen besteht. In der Regel sind es Bauhandwerker, Zimmerleute, Maurer und Schreiner, die in sechs verschiedene „Schächten“ zusammengeschlossen sind. Mirko und Axel gehören zum größten und ältesten „Schacht“, den „Rechtschaffenen fremden Gesellen“. Kennzeichen dieser 1890 gegründeten Vereinigung ist der schwarze Schlips, die „Ehrbarkeit“.

Wandernde Gesellen gibt es seit dem ausgehenden Mittelalter. Früher war die Wanderschaft Voraussetzung für die Meisterprüfung, heute ist das Reisen freiwillig. Wenn man die Gesellenprüfung abgelegt hat, unverheiratet, unverschuldet und unter 30 ist, kann es losgehen. Für Axel und Mirko war die Walz keine Frage. „Man hat bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagt Axel und hebt den Weiterbildungscharakter der Wanderschaft hervor. „Man lernt unterschiedliche Bautechniken kennen, macht viele verschie-



Reisepass und Arbeitszeugnis - das Wanderbuch der Gesellen.

(Fotos: stk)

dene Arbeiten. Jeder Betrieb arbeitet anders.“

Neben der Erweiterung der „beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten“ sehen die Schächte in der Wanderschaft eine „praxisnahe Lebensschule“. Das zünftige Reisen vermittele Werte wie „Menschenkenntnis“, „Selbstvertrauen“, Kameradschaft und ein Verständnis für fremde Kulturen, beschreibt der Schacht der „Rechtschaffenen fremden Gesellen“ die Vorteile der Wanderschaft.

Mirko und Axel sind stolz auf ihren Beruf, stolz auf ihr Können und auf ihren Status als wandernde Gesellen. „Das ist ein Stolz, den wir nach Hause tragen“, sagt Axel. Er denkt daran, nach der Wanderschaft seinen Meister zu machen, ist sich aber auch darüber im Klaren, dass das freie Leben des Wandergesellen eine große Versuchung ist, die einen nicht so leicht loslässt. „Manche sind über 30 Jahre unterwegs“, erzählt er.

In Deutschland sind die wandernden Gesellen kein seltenes Bild. Die schwarze Zimmermannskluft hat auch bei sesshaften Gesellen Tradition. Hier in Argentinien sind sie Exoten. Mirko und Axel trafen aber stets auf Neugierde, freundliches Interesse oder auch ungläubiges Staunen. „Nachdem wir uns verständlich gemacht haben, sind alle begeistert, von dem, was wir tun“, sagt Axel. In Salta, ihrer ersten Station in Argentinien, wurden sie im Bürgermeisteramt bestaunt.

Man zeigte ihnen die Stadt und lud sie zum Essen ein. Im Norden Argentiniens fanden Axel und

Mirko auch ihre bisher einzige Arbeit in Südamerika. Eine Woche Malerarbeiten bei einem aus Deutschland eingewanderten Kleinunternehmer in Salta. Leben oder gar reisen kann man von solchen Gelegenheitsarbeiten nicht.

Während man in Deutschland und in der Schweiz tariflich entlohnt wird, bekommt man andersorts nur Kost und Logis. „Aber das ist in Ordnung, das gehört einfach dazu“, sagt Mirko.

Traditionsgemäß ist den Gesellen vorgeschrieben „mittellos“ zu reisen. Man „tippelt“, also geht zu Fuß, oder man fährt per Anhalter. Wenn man aber wie Mirko und Axel Ozeane überquert, müssen schon Flugtickets bezahlt werden. Die Zeiten, in denen man als Schiffszimmermann für eine Überseefahrt anheuern konnte, sind passé. Die beiden Handwerker haben für ihre Südamerikareise gespart, den Lohn von gut bezahlten Wanderarbeiten zurückgelegt. Trotzdem wird es manchmal eng im Beutel. Neben dem traditionellen Vorsprechen oder „Schmalmachen“ bei Meistern bittet man auch in Europa schon mal bei Bäckern oder Metzgern um eine kleine Wegzehrung. Fast immer begegnet man dem zünftigen Bitten der Reisenden mit Wohlwollen.

Wo immer die beiden Zimmerleute Station machen, sammeln sie Stempel in ihrem Wanderbuch. Das von der Dachorganisation C.C.E.G. (Confederation Compagnage Européen Gesellenzünfte) ausgestellte Büchlein hat fast schon den Charakter eines Reisepasses. In vier Sprachen



„Rechtschaffene fremde Gesellen“ mitten in Buenos Aires - Axel, Tanja und Mirko vor dem Obelisken.

weist es die Handwerker als Wandergesellen aus und hilft bei Arbeitsbewilligungen. Im Wanderbuch sammeln die Gesellen Arbeitszeugnisse und dokumentieren die Stationen ihrer Reise: Stadtverwaltungen, Jugendherbergen, Gesellenheime und Zimmerbetriebe - ein Reisetagebuch, aus dem man noch den Enkeln vorlesen kann.

Die nächste Station im Wanderbuch von Mirko und Axel wird Santa Fe sein. "Auf's Geratewohl", sagen beide, denn sie haben keine Anlaufstelle in der Provinzhauptstadt. Sie schnüren den "Charlottenburger", ein etwa einen Quadratmeter großes Tuch, das zu einem runden Bündel gerollt, alle ihre Habseligkeiten enthält: Werkzeug, Wäsche, Waschzeug und das ein oder andere Buch. Zur Ausrüstung gehört auch der "Stenz", ein knorriger Wanderstab. "Meinungsverstärker"

nennt ihn Mirko, denn dann und wann dient er schon mal dazu, aufdringliche Hunde fern zu halten.

Wenn sie in Santa Fe keine Arbeit finden, geht es weiter zu den Wasserfällen von Iguazú. Ein Wunschziel, denn dort wird Mirko endlich den Regenwald sehen. Brasilien, die nächste Station der Reise, birgt Hoffnung auf Arbeit. In Ilheus, rund 300 Kilometer südlich von Salvador de Bahía gibt es eine Kontaktadresse - dort hat sich ein früherer Wandergeselle niedergelassen. Dann geht es zurück nach Deutschland, Arbeit finden und sparen für die nächste Station. Skandinavien, die USA oder Australien, Axel weiß es noch nicht. Es geht weiter, immer weiter, und die Wanderlust wird für die beiden Reisenden auch ein bisschen zur Qual. "Man lernt Menschen kennen, man schließt Freundschaften, aber man ist immer am Tschüss sagen."

AUSFLÜGE UND REISEN

Das bedeutendste Gaucho-Fest des Landes

Am morgigen Sonntag beginnt in Ayacucho die Fiesta del Ternero, die am 13. April mit der Preisverteilung zu Ende geht. Was es da zu sehen und zu erleben gibt, kann man nur im Originaltext wiedergeben, denn selbst die beste Übersetzung ist unzulänglich bzw. entstellt die Begriffe: Jineteadas, Pialadas, Jura de Recados, Destreza Criolla, Carreras de Sortijas, Fogones, Yerra usw.

Was der Tourist beispielsweise in San Antonio de Areco oder auf den Estancias vorgesetzt bekommt, sind Shows. In Ayacucho ist aber alles echt.

Eine ganze Woche laufen die Veranstaltungen, bei denen die an ihren Lagerfeuern und bei dem rundum gehenden Mate verweilenden Gauchos tagsüber ihr Können zur Schau stellen. Daneben gibt es Peñas Populares und einen bundesweiten Folklore-Gesangswettbewerb, ferner auch eine Schau der besten und schönsten Kutschen und Karren (Carrozas und Carruajes).

Zum 31. Mal geht die „Fiesta Nacional del Ternero y Día de la Yerra“, das grösste Gaucho-Treffen des Landes, über die Bühne.

Ayacucho liegt nordwestlich Mar del Plata, unweit von Balcarce, und lohnt unbedingt einen Besuch. Infos erhält man über Internet durch Anklicken von www.fiestadelternero.org.ar.

Wieder Tren a las Nubes

Am 15. April beginnt in Salta der reguläre Betrieb mit dem Tren a las Nubes, der normalerweise jeden Samstag fährt, an Feiertagen oder während der Ferien aber öfter. Die Hin- und Rückfahrt dauert 15 Stunden, der Billettpreis beträgt 169 Pesos.

Am Umkehrpunkt des Aussichtszuges beim Polvorilla-Viadukt in 4200 Meter Höhe können Briefmarkenfreunde einen frankierten Brief oder eine Karte mit dem Stempel der höchsten Poststafette Argentiniens aufgeben.

Preiswert nach Tucumán

Unlängst erfolgte an dieser Stelle ein Hinweis auf die seit kurzem wiederaufgenommene Bahnverbindung Retiro - Tucumán durch NOA Ferrocarriles. Die gültigen Tarife sind extrem günstig. So kostet Clase Turista bis Rosario sage und schreibe neun, und bis Tucumán 35 Pesos. Im Pullman kann der Gast bis San Miguel de Tucumán für 50 und im Schlafwagen für 60 Pesos reisen. Eine interessante Option für Ostern. Auskunft über weitere Preise und den Fahrplan durch www.noaferrocarriles.com.ar oder über 4312-9513.

Marlú

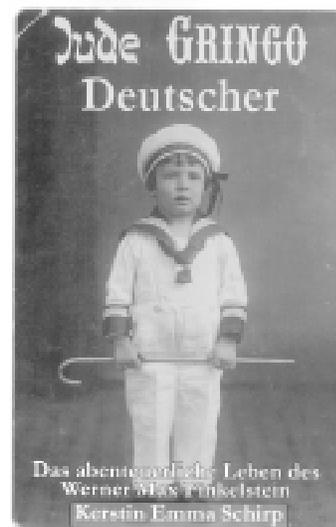
„Schmalmachen“ - Zünftige Bitte um Reiseproviant

Viele Begriffe aus der Wandersprache der Gesellen stammen aus dem "Rotwelschen", einer im 13. Jahrhundert entstandenen Vagabundensprache. "Schallern" ist beispielsweise der rotwelsche Ausdruck für Singen, und "Schmorren" bedeutet trinken. Als "Schmalmachen" bezeichnet man das zünftige Vorsprechen bei einem Meister oder auch die Bitte um Reiseproviant in einer Bäckerei oder Metzgerei. Wenn Axel und Mirko bei einem Bäcker "schmalmachen", hört sich das etwa so an:

"Ich bitte um Gunst und Erlaubnis als reisender rechtschaffender Zimmermann. Drei Jahr und einen Tag bin ich aus der Heimat verbannt und reise, deshalb spreche ich an. Nun habe ich leider keine Mittel mehr, deshalb stehe ich hier vor dem ehrbaren Tor und spreche zünftig für eine kleine Reiseunterstützung vor. Diese zu gewähren, wäre hochwohllöblich. Um diese bitten zwei Zimmermannsleute in der Fremde, und nun ist mein Spruch zu Ende."

Ein mehr als unkonventionelles Leben Die Biographie des Werner Max Finkelstein

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Held dieser äusserst spannend geschriebenen Abenteuergeschichte ist genauso wenig erfunden wie seine zahlreichen Abenteuer: von der Verwundung durch einen Indianerpfeil im Urwald angefangen, bis hin zu seiner Bibelauslegung in einer afroamerikanischen Gemeindekirche in den USA. Werner Max Finkelstein war jahrelang Redaktionskollege im Argentinischen Tageblatt, und auch die Autorin der jetzt erschienenen Finkelstein-Biographie war 1995 als Praktikantin beim Tageblatt tätig. Wir kennen den Titelhelden demnach recht gut und Teile seiner Geschichte aus erster Hand. Sie beginnt im damaligen Ostpreussen, heute Russland, geht über Berlin zunächst nach Schweden, wo er eine der ersten Sojabohnen-Versuchspflanzungen betreute und auch zum Feuerwehrmann ausgebildet wurde, weiter nach Finnland, die Sowjetunion, Japan, Honolulu, die US-Westküste, Chile und Bolivien. Dort beginnt der beinahe noch Halbwüchsige seinen weiteren (Über-)Lebensweg zu bahnen, ganz im Sinne des spanischen Dichters Machado: „Wande-



rer, es gibt keinen Weg, es schafft einen Weg, wer wandert!" Ein überaus lesenswertes Buch für alle, die Interesse daran haben, einen mehr als unkonventionellen Lebensweg kennen-zulernen.

(Kerstin E. Schirp: Jude - Gringo - Deutscher. Das abenteuerliche Leben des Werner Max Finkelstein. Berlin: Verlag on Books Demand GmbH)

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs Freitag nachmittags \$ 2,93. Die Terminkurse betragen zum 30.4. \$ 2,95, 30.5. \$ 2,97, 30.6. \$ 3,05, 31.7. \$ 3,10 und 29.8. \$ 3,14.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,7% auf 564,89, der Burcapindex um 0,8% auf 1.574,23 und **der Börsenindex legte 0,9% auf 26.988,00 zu,**

Der durchschnittliche Rind-

fleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,6% auf \$ 1,7896.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven de ZB betragen am 28.3.03 US\$ 10,52 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 19,42 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 10,51 Mrd. bzw. \$ 19,22 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 10,29 Mrd. bzw. \$ 18,89 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 12,78 Mrd. bzw. \$ 14,03 Mrd.

Rückerstattung des Rentenabzugs von 13%

Wie aus dem Rentenverwaltungsamt ANSeS verlautet, wird die Rückgabe des Abzugs von 13%, der bei Pensionen und Hinterbliebenenrenten zwischen Juli 2001 und Dezember 2002 durchgeführt wurde und insgesamt einen Betrag von \$ 3 Mrd ausmacht, folgendermassen erfolgen:

- Bei Schulden unter \$ 1.000 wird der Betrag in bar in sechs Raten gezahlt, davon die erste diesen Monat. Es handelt sich um 86.350 Fälle.
- Personen, die eine unheilbare Krankheit in ihrem Endstadium haben, erhalten den vollen Betrag in bar auf einmal.
- Bei Personen von über 85 Jahren erfolgt die Rückzahlung auch in bar und in 6 Raten. Es handelt sich um 37.577 Fälle.
- Bei Personen von 80 bis 85 Jahre, erfolgt die Zahlung in 10 Raten. Es handelt sich um 54.784 Fälle.
- Die restlichen Rentner (es handelt sich um 340.682 Fälle) erhalten einen Bonds auf 5 Jahre und 9 Monate, der somit 2008 verfällt und in 10 halbjährlichen Raten amortisiert wird. Die erste Rate wird am 31.3.2004 und die letzte am 30.9.08 ausgezahlt. Dieser Bond wird gemäss CER-Index berichtigt und mit 2% jährlich verzinst. Die Bonds können verkauft werden, und sollen an der Börse kotiert werden. Dabei wird jedoch angenommen, dass das Disagio über 50% liegen wird.

Ein Jahr nachdem die US-Regierung die Zulassung des Importes von gekochtem Rindfleisch in Würfeln aus Argentinien angekündigt hat, wurden am Mittwoch diese Importe effektiv zugelassen, so dass ab 2. Mai dieses Produkt exportiert werden kann. Gekochtes Rindfleisch enthält keinen Maul- und Klauenseuchenvirus, so dass das Importverbot, das die USA nach dem Auftreten von Seuchenherden verhängten, in diesem Fall keinen Sinn hat und formell unzulässig ist. Diese Importe wurden 1962 zugelassen, wobei Argentinien damals nicht seuchenfrei war. Der Import von gekühltem oder tiefgekühltem Rindfleisch, der vor einigen Jahren mit einer Quote von 20.000 t zugelassen worden war, bleibt weiterhin gesperrt, müsste jedoch gemäss WHO-Normen in Kürze wieder zugelassen werden.

Die Aufsichtsbehörde des Versicherungswesens hat die Auflösung der Gesellschaft LUA-La Portefa angeordnet, nachdem die Firma eine Unfallentschädigung von \$ 717.000, die ein Richter angeordnet hatte, nicht zahlen konnte. Gegenwärtig laufen um die 4.000 Prozesse gegen die Firma, bei denen die Kläger jetzt leer ausgehen werden.

Gemäss einer Erhebung der Consulting-Firma Tendencias Económicas wurden im März 540 Entlassungen registriert, 60% weniger als im Februar und unverhältnismässig weniger als im März 2002, als 65.000 Entlassungen gemeldet wurden. Die Entlassungen vom März 2003 sind die niedrigsten seit Ende 1999.

Der vom INDEC aufgestellte monatliche Index über die Beanspruchung öffentlicher Dienste weist für Februar eine interanuelle Zunahme von 1,8% auf. Der Stromkonsum nahm um 2,2% zu, der Wasserverbrauch um 3,9%. Der Gaskonsum lag

hingegen um 3,9% niedriger. Die stärkste Zunahme verzeichnet der Eisenbahnfrachtdienst, mit plus 33,4%. Aber auch die Frachten per Flugzeug nahmen um 14,1% zu. Auslandsflüge lagen um 6,3% höher, Inlandsflüge um 16,7%.

Die Exporte von Hammelfleisch lagen im ersten Bimester 03 mit 2.132 t für US\$ 4,4 Mio. über den 1.614 t für US\$ 2,6 Mio., die im ganzen Jahr 02 exportiert wurden. Hauptkäufer waren Spanien und Grossbritannien.

Die Erntemaschinenfabrik Vassalli Fabril, Nachfolgerin der Firma Roque Vasalli, hat die vor einem Jahr unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen. Den Vertrieb übernimmt die Firma Tanoni, ein Speiseölproduzent.

Die US-Firma Public Service Enterprise Group (PSEG) hat das Stromunternehmen Endersa, Entre Rios, der Belegschaft übergeben, die eine Schuld von US\$ 80 Mio. übernimmt. Vor 8 Jahren wurde das Unternehmen privatisiert und von der US-Firma CMS übernommen, die dann an PSEG verkaufte. Die Bilanz von Endersa für 02 wies einen Verlust von rund \$ 100 Mio. aus.

Im Amtsblatt vom 2.4.03 wurde das Gesetz 25.733 veröffentlicht, das bestimmt, dass die Gehaltszulage für Lehrer (Fondo de incentivo docente) für 2002 in Höhe von mindestens \$ 726 Mio. und 2003 für \$ 750 Mio. ausgezahlt werden soll. Der Betrag soll mit dem Überschuss finanziert werden, der sich aus der Steuer auf Bankkontenbewegungen gegenüber dem im Budget 2003 veranschlagten Betrag ergibt. Besteht ein Fehlbetrag, wird er mit Einnahmen aus dieser Steuer für 2004 beglichen. Da bei dieser Steuer für 2003 voraussichtlich kein Überschuss bestehen wird, würde somit der ganze Betrag das Budget 2004

Menem dixit

Bei einem Seminar, das von der Wirtschaftszeitung „El Cronista“ veranstaltet wurde, gab Präsidentschaftskandidat Carlos Menem folgende Erklärungen ab:

- Als ich 1989 als Präsident antrat, befand sich das Land in einer fürchterlichen Lage. Wir machten uns an die Arbeit, und in 10 Jahren nahm das Bruttoinlandsprodukt um 60% zu.
- Die Nahrungsmittelkrise ist schlimm. Die Pläne für Familienoberhäupter sollen am Anfang erhalten werden, bis das Land wieder produziert. Wir haben vor, zwei Mahlzeiten täglich an diejenigen zu liefern, die Hunger haben. Das soll mit Hilfe der Streitkräfte, der Kirchen und gemeinnütziger Organisationen geschehen.
- Wir arbeiten an einem Programm für öffentliche Arbeiten, wie das des „New Deal“ (von Roosevelt), das den Bau von 10.000 km Autobahnen, die Kanalisierung des Bermejo-Flusses, eine transpatagonische Eisenbahn und eine andere, die mit dem Pazifik verbindet, und den Bau von 250.000 Wohnungen, umfasst, alles in den 4 Mandatsjahren.
- Eine der ersten Massnahmen wird die Umschuldung der auswärtigen Schuld sein, ohne bedeutende Abschläge, aber zu niedrigen Zinsen. Das haben wir schon mit Behörden des IWF, der Weltbank und der BID besprochen. Auf diese Weise kann das Land wieder Auslandskredite zur Finanzierung der genannten öffentlichen Arbeiten erhalten.
- Wir werden das Steuersystem reformieren und dabei die Unternehmerbeiträge zum Pensionierungssystem abschaffen, wobei dieser Betrag den Löhnen und Gehältern addiert wird. Das wird eine Reaktivierung des Binnenkonsums erlauben.
- Ich war einer der ersten, die an den Verhandlungen zur Bildung der ALCA (amerikanische Freihandelszone) teilgenommen haben. Wir werden ein strategisches Abkommen mit den USA suchen, wie es Chile abgeschlossen hat.

belasten. Die Lehrer erwarten jedoch, dass diese Gehaltszulage dieses Jahr ausgezahlt wird.

Durch Dekret 746/03 (Amtsblatt vom 2.4.03) wurde ab 1.4.03 der Artikel 52 des Dekretes 1387 vom 1.11.01 ausser Kraft gesetzt, wobei bis zum 31.7.03 Unternehmen ausgenommen werden, die sich dem Fernsehen, dem Rundfunk, dem Verlag von Zeitungen und Zeitschriften und dem Frachttransport per Lastwagen widmen. Der genannte Artikel erlaubte den Abzug der Unternehmerbeiträge zum Pensionierungssystem von der MwSt. Für die betroffenen Unternehmen handelt es sich um eine Erhöhung der Steuerbelastung und für den Fiskus um eine Zunahme der Einnahmen.

Die niederländische Ahold hat einen Kapitalbeitrag von US\$ 58,6 Mio. an ihre argentinische Filiale Disco (Supermärkte) geleistet. Vor kurzem hatte Ahold schon US\$ 28,8 Mio. in Disco eingebracht. Seit Ahold im vergangenen August 100% von Disco übernommen hat, hat sie schon insgesamt US\$ 162,3 Mio. beigesteuert. Disco hatte in den ersten 9 Monaten 2002 einen Verlust von \$ 1,76 Mio. ausgewiesen. Dies und angebliche Unregelmässigkeiten haben zum Rücktritt der vier obersten Leiter des Unternehmens geführt. Ahold beabsichtigt jetzt, ihre Beteiligungen in Lateinamerika ganz zu verkaufen, darunter auch Disco.

Die Kammer der Fabrikanten generischer Medikamente (Capgen) gab bekannt, dass der Anteil dieser

Pharmaprodukte am Gesamtumsatz der Apotheken im Jahr 02 von 0,5% auf rd. 10% gestiegen sei. Die Kammer vertritt 20 Unternehmen der Branche, alle kleine und mittlere Firmen. Capgen-Präsident J.L. Tombazzi, wies darauf hin, dass die führenden Markenprodukte ihre Preise nach einer abwertungsbedingten Zunahme wieder senken mussten, wegen der Konkurrenz der Generika. Ein Gesetz vom letzten Jahr, das auf Initiative des Gesundheitsministers Ginés García Gonzalez verabschiedet wurde, zwingt die Ärzte, Generika zu verschreiben, so dass der Apotheker oder der Kunde von einem auf ein anderes Markenprodukt oder sogar auf Medikamente wechseln kann, die die Droge enthalten, auf die es ankommt, und somit als generisch bezeichnet werden.

Durch Mitteilung A 3911 der ZB wurde bestimmt, dass die Staatstitel Boden 2012 und 2013, die die Banken als Ausgleich für die asymmetrische Pesifizierung erhalten haben, zum technische Wert (Nennwert) gebucht werden müssen. Die anderen Staatspapiere, einschliesslich der garantierten Kredite an den Staat, müssen stufenweise dem Marktwert angepasst werden, gemäss einem Chronogramm, das im Januar 08 endet. Dies bedeutet, dass die Bankbilanzen den Verlust ausweisen müssen.

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

Rodriguez Saá dixit

Der Präsidentschaftskandidat Adolfo Rodriguez Saá („Movimiento Nacional y Popular“, eine der drei Splittergruppen des Justizialismus) sprach letzte Woche vor der Britischen Handelskammer, wo er erneut seine Absicht bekundete, einen „seriösen“ Kapitalismus zu schaffen. Im Einzelnen gab er folgende Erklärungen ab:

- Das Programm öffentlicher Investitionen soll dieses Jahr \$ 21,5 Mrd. betragen. Die Mittel sollen sich aus einer Umgestaltung des nationalen Budgets ergeben.

- Die Auslandsschuld müsse bezüglich ihrer Legitimität untersucht werden. Jährlich sollen nur \$ 9 Mrd. für die Zahlung dieser Schuld angewendet werden. Da das Budget 2003 \$ 15 Mrd. für diesen Zweck vorsehe, würde somit eine Ersparnis von \$ 6 Mrd. entstehen.

- Die Staatsausgaben sollen um \$ 1,5 Mrd. verringert werden, indem Ausgaben für Consulting- und Buchprüfungsfirmen gestrichen werden. Ausserdem soll die Höchstgrenze von \$ 3.000 für Beamtengehälter wieder eingeführt werden. Schliesslich sollen noch staatliche Kfz und Flugzeuge verkauft werden.

- \$ 4 Mrd. die als „strukturelle Korruption“ eingestuft werden, sollen auch gespart werden. Das bezieht sich u.a. auf überhöhte Ausgaben für öffentliche Bauten.

- Der Plan der Subvention für Familienoberhäupter soll in einen Aufforstungsplan verwandelt werden (\$ 1,25 Mrd.), in die Besserung des Beckens des Bermejo-Flusses (\$ 4,7 Mrd.), den Bau von 150.000 Wohnungen (\$ 2,5 Mrd.), die Einführung von Schnellzügen, Erhöhungen der Renten und des Mindestlohnes von \$ 300 auf \$ 500. All dies soll mit \$ 15,5 Mrd. finanziert werden, die durch Ersparnisse beim Haushalt erreicht werden sollen. Hinzu kommen dann noch \$ 6 Mrd. als Ergebnis des Wachstums des BIP von 8% jährlich.

- Der Hauptmotor des Wachstums wird der Export sein, zu welchem Zweck der Wechselkurs \$ 3,50 betragen muss, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Brasilien nicht zu verlieren und die Verwendung der industriellen Kapazitäten zu verdoppeln.

Ebenfalls wurden die Kredite der Banken an den nicht finanziellen öffentlichen Sektor auf 50% der Vermögensverantwortung der betreffenden Bank begrenzt. Kredite an Provinzen und die Stadt Buenos Aires dürfen 10% der Vermögensverantwortung nicht übersteigen und müssen durch ihre eigenen Steuereinnahmen garantiert werden. Ab 06 dürfen die monatlichen Kredite der Banken an den öffentlichen Sektor (Nation, Provinzen und Gemeinden) 40% der Gesamtaktiven der Banken zum letzten Tag des Vormonats nicht übersteigen. Beträge, die diesen Prozentsatz übersteigen, müssen zu 100% mit Eigenkapital gedeckt werden.

Der italienische Vizeausserminister Mario Baccini hat dem argentinischen Vizeausserminister Martín Redrado vorgeschlagen, die Bonds, die sich in Händen von etwa 400.000 Sparern befinden, zu kapitalisieren. Das System wäre analog zu dem, das Chile Ende der 80er Jahren angewendet hat, und besteht darin, dass die ZB die Bonds ausschrieb, und dann auszahlte, wobei jedoch der Betrag in produktiven Projekten investiert werden musste. Binnen 5 Jahren konnten die Sparer dann die Beteiligungen an Unternehmen verkaufen. Der Vorschlag Baccinis läuft auf eine Umwandlung von Forderungen an den argentinischen Staat in Beteiligungen am Kapital von Unternehmen hinaus. Redrado erklärte, der Vorschlag werde studiert werden, als Teil von Optionen zur Überwindung des Defaults.

Durch Dekret 743/03 (Amtsblatt vom 1.4.03) wurde das „Programm zur Währungsvereinheitlichung „geschaffen, das sich auf den Rückkauf der monetären Provinzbonds bezieht, die die Provinzen Buenos Aires, Catamarca, Córdoba, Corrientes, Chaco, Entre Ríos, Formosa, La Rioja, Mendoza und Tucumán ausgegeben haben. Die Provinzen, die sich dem System anschliessen (was sie in 10 Tagen bekunden müssen), verpflichten sich, die Beträge, die zu diesem Zweck von der Nationalregierung eingesetzt werden, mit ihrer Beteiligung an den Nationalsteuern zu garantieren. Die Mittel für den Rückkauf der Provinzbonds werden von der ZB bereitgestellt, die von der Regierung dafür Boden-Bonds in Dollar, mit Verfall im Jahr 2012 und Verzinsung zum Libor-Satz, und Bonds in Pesos, zu 2% Zinssatz und Verfall 2007 erhält. Es handelt sich somit um reine Geldschöpfung und Erhöhung der Staatsverschuldung, wobei die Provinzfinanzen mit der Amortisation des Vorschusses belastet werden. Der Rückkauf soll nicht zum Nennwert, sondern durch öffentliche Ausschreibung erfolgen, wobei ein Schnittpreis auf der Grundlage des Marktpreises festgesetzt wird. Die Provinzen müssen sich verpflichten, die monetären Bonds, deren Inhaber den gebotenen Preis nicht angenommen haben, nicht mehr für Zahlungen von Provinzsteuern anzunehmen und sie gegen einen Provinzbond mit Verfall im Jahr 2006 zu tauschen, der jedoch nur als Schuld gebucht wird,

so dass es keinen Titel gibt, der verkauft oder für Zahlungen eingesetzt werden kann. („títulos escriturales“). Dadurch würden diese Bonds ihren monetären Charakter verlieren. Das wäre jedoch ein offener Rechtsbruch, der zu Prozessen führen würde.

Präsident Duhalde hat mit dem Unternehmen „Puentes del Litoral“, das die Brücke von Rosario nach Victoria (Entre Ríos) baut und in KonzeSSION betreiben wird, vereinbart, dass sie unmittelbar beendet wird, so dass sie am 15. Mai fertig ist und am 23. Mai formell eingeweiht wird. Das Unternehmen hat schon 340 Arbeiter eingestellt. Die Brücke sollte Ende 1999 fertiggestellt und in Betrieb genommen worden sein. Der Staat hat jedoch den verpflichteten Anteil an der Finanzierung nicht beigesteuert. Das hat Duhalde jetzt nachgeholt. Die Verlängerung der Bauzeit bedeutet höhere Kosten, durch Zinsen und fixe Kosten des Bauunternehmens während der Bauperiode.

Präsident Duhalde hat ein Programm in Gang gesetzt, das „Manos a la obra“ getauft wurde und in der Durchführung von 14.000 kleinen Bauprojekten in Gemeinden besteht, die insgesamt mit Kosten von US\$ 328 Mio. veranschlagt worden sind, die von der Weltbank beigesteuert werden sollen, innerhalb der US\$ 600 Mio., die für das Programm der Subvention an Familienoberhäupter bestimmt sind.

Die Subventionen kosten das Schatzamt monatlich \$ 96 Mio. durch Zahlungen an die Strassenkonzessionäre, als Ausgleich für niedrigere als vertraglich vorgesehene Tarife, die Zahlung als Ausgleich für den niedrigeren Preis von Dieseltreibstoff für den Personentransport per Omnibus, und Subventionen für die Eisenbahnen und U-Bahnen von Buenos Aires und Umgebung als Ausgleich für niedrige Tarife und Zuschuss für die Instandsetzung des Dienstes. All dies wird mit der Gebühr auf Dieseltreibstoff finanziert, die 2001 geschaffen wurde und für Infrastrukturinvestitionen bestimmt war.

Der Index mit Lohnberichtigung, genannt CVS (Indice de variación salarial) weist für Februar eine Zunahme von 0,31% aus und seit Oktober, als er begann, um 2,7%. Obwohl die ZB die Anwendung dieses Indices auf Schulden nicht reglementiert hat, wird er von einigen Banken (Hipotecario u.a.) angewendet und von anderen (Francés, Galicia, Río, HSBC und Ciudad) nicht. Dieser Index gilt für Hypotheken für Eigenwohnungen für bis zu \$ 250.000 (die ursprünglich in Dollar für den gleichen Betrag bestanden), für Pfandkredite bis zu \$ 30.000 und für persönliche Kredite bis zu \$ 12.000.

Im März lagen die Verkäufe der

lokalen Kfz-Fabrikanten an die Agenturen mit 7.225 Einheiten um 47,2% unter dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 40,4% über Februar. Die Exporte nahmen mit 8.839 Einheiten um 11,4% ab, lagen jedoch um 22,5% über Februar. Im 1. Quartal lagen die Exporte mit 13.911 Kfz. um 24,7% über dem Vorjahr.

Die ZB hat durch Mitteilung A 3.915 bis zum 31.12.03 eine Flexibilisierung der Kriterien verfügt, die die Banken bei der Einstufung von Schuldnern als „säumig“ anwenden müssen. Bei Unternehmen mit Bankschulden von bis zu \$ 5 Mio. werden die Fristen so berechnet, dass seit dem Ausfall neuer Kredite (also ab Anfang 2002) die Tage der Säumigkeit durch drei geteilt werden. Das erleichtert die Lage der Banken, die bei Säumigkeiten Sonderreserven bilden müssen, die ihre Kreditmöglichkeiten verringern. Ferner wurde durch Mitteilung A 3.916 verfügt, dass die Buchverluste, die bei der Auszahlung von Depositen zum freien Kurs entstehen, die von Richtern angeordnet worden sind, auf 60 Monate verteilt werden.

Durch Mitteilung A 3917 hat die ZB die Mindestreserven für Giro- und Sparkonten von 22% auf 18% verringert. Bei befristeten Anlagen wurden die Reserven um einen Punkt gesenkt, und betragen jetzt bei Anlagen auf 30 Tage 11%. Dadurch wird die Liquidität der Banken erhöht, was bei der Freigabe der eingefrorenen Depositen notwendig geworden ist.

Das Wirtschaftsministerium hat den Betrag der Staatsschuld, die sich im Default gegenüber privaten Gläubigern befindet, mit US\$ 55 Mrd. angegeben. Der Wirtschaftsberater Miguel A. Broda kommt hingegen per 30.6.03 auf US\$ 64,81 Mrd., von denen US\$ 51,28 Mrd. auf Staatspapiere, US\$ 1,46 Mrd. auf Kredite von Handelsbanken und US\$ 12,07 Mrd. auf Rückstände bei Amortisationen und Zinsen entfallen. Die Schuld gegenüber internationalen Finanzinstitutionen wird laut Broda per 30.6.03 US\$ 35,41 Mrd. erreichen. Die umgeschuldete Staatsschuld macht US\$ 25,99 Mrd. aus. Die neue Staatsschuld, die durch die Boden-Titel entsteht, die das Schatzamt den Banken als Ausgleich für die asymmetrische Pesifizierung gibt, wird per 30.6.03 US\$ 14,83 Mrd. ausmachen. Somit gelangt man zu diesem Datum zu einer gesamten Staatsschuld von US\$ 165,17 Mrd.

Ecdadassa (Empresa de Cargas Aéreas del Atlántico Sur S.A.), das Unternehmen, das die Warenlager an den lokalen Flughäfen betreibt, ändert den Namen auf „Terminal de Cargas Argentina“ (TCA). Der Name Ecdadassa war stark mit der Person von Alfredo Yabrán verbunden, der seinerzeit der private Partner (45%) mit der Luftwaffe (55%) war. Jetzt besitzt Aeropuertos Argentina 2000 (die die Flughäfen betreibt und Eduardo Eurnekian gehört) den privaten Anteil. Das

Unternehmen hat im August 2002 ein Investitionsprogramm von \$ 10 Mio. in Angriff genommen, das schon zu 75% durchgeführt ist, um Import- und Exportfrachten zu vereinen, ein neues Bürogebäude zu errichten und Anlagen für gekühlte Frachtgüter einzurichten.

Im März nahm der Bestand an ZB-Wechseln Lebac um \$ 26 Mio. ab, nach einer Zunahme von \$ 778 Mio. im Januar und \$ 112 Mio. im Februar.

Die argentinische Regierung hat der chilenischen einen Bericht über das Projekt einer Eisenbahnverbindung („Tren Transandino“) übergeben, das der binationalen Konzern Tecniagua durchführen soll. Die Kosten werden auf U\$S 250 Mio. veranschlagt.

Die ZB konnte den Rückgang des Dollarkurses trotz Käufen nicht aufhalten. Am Donnerstag hat sie U\$S 22 Mio. gekauft, wobei der Kurs auf \$ 2,93 zurückging. Die Bilanz der laufenden Zahlungen mit dem Ausland weist dieses Jahr einen hohen Überschuss auf, der stark auf den Kurs drückt.

Durch Beschluss 14/03 des Staatssekretariats für Finanzen (Amtsblatt vom 4.4.03) wurden die Einzelheiten der Ausschreibung der Boden festgesetzt, die für den Bau von Wohnungen eingesetzt werden.

Durch Beschluss 15/03 wurde das Verfahren für die Ausschreibung von Boden für den Kauf von Kfz für \$ 25 Mio. bestimmt.

Eine Verfügung der Gemeinde Esquel, Provinz Chubut, verbietet in dem Gebiet Tätigkeiten der Industrie und des Bergbaus, die giftige Substanzen oder Sprengstoffe erfordern. Das bedeutet, dass das Bergbauprojekt der Firma Meridian Gold, zur Ausbeutung von Gold und Silber, nicht zugelassen wird. Die Gemeinderegelung wurde gegen die Stimmen der UCR und eines justizialistischen Gemeinderates verabschiedet. Der PJ-Gemeinderat Walter Cristiani setzte sich für das Recht auf Arbeit der zukünftigen Arbeitnehmer des Bergwerkes ein, und erinnerte daran, dass der Bergbaukodex den Unternehmen gestatte, die Art und Weise der Ausbeutung zu bestimmen. Die Gemeinde ist nicht befugt, ein Verfahren zu verbieten, sondern nur, zu fordern, dass es keine Umweltverseuchung mit sich bringt, was in diesem Fall mit einer entsprechenden Reinigung der Abwässer gelöst wäre.

Durch Beschluss 229 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 3.4.03) wurde das Reglement für den Rat genehmigt, der sich mit dem Register der Projekte für den Wohnungsbau mit Bonds gemäss Dekret 905/02 befasst.

Durch Gesetz 25.732 (Amtsblatt vom 3.4.03) wurde die Ausnahme von der Steuer auf den Mindestgewinn ausser Kraft gesetzt, die in den Konkurrenzfähigkeitsabkommen verfügt worden waren, die Cavallo 2001 abgeschlossen hatte, im Rahmen des Gesetzes 25.414.

Das Wirtschaftsministerium hat das Verfahren reglementiert, das sich auf die Ausschreibung von Bonds „Boden 2012“ in Höhe von \$ 484 Mio. bezieht, die für Wohnungsbau eingesetzt werden können. 50% des Betrages sollen für individuelle Projekte und 50% für Gruppenwohnungen eingesetzt werden.

Schatzsekretär Jorge Sarghini gab bekannt, dass das mit dem IWF vereinbarte Ziel eines primären Überschusses von \$ 1,5 Mrd. im 1. Quartal 2003 um \$ 250 Mio. übertroffen worden sei, nachdem März mit einem primären Überschuss von \$ 482 Mio. abgeschlossen habe. Die kurzfristige Verschuldung des Schatzamtes sei zwischen dem 31.12.01 und dem 31.12.02 um \$ 596 Mio. auf \$ 4,28 Mrd. gesunken. In den letzten 11 Monaten zum 31.3.03 sei ein primärer Überschuss von \$ 6,3 Mrd. angesammelt worden, was durchschnittlich \$ 568 Mio. monatlich ergebe. Zwischen Mai 03 und April 04 werde dieser Überschuss \$ 7 Mrd. betragen, was als Grundlage der Umschuldung der Staatsschuld diene.

Wirtschaftsminister Lavagna hat beschlossen, die Lecop-Wechsel (Letras de Cancelación de Obligaciones Provinciales), die in Höhe von \$ 3,3 Mrd. ausgegeben worden sind, beizubehalten, um das Programm der Subventionen an Familienoberhäupter zu finanzieren. Diese monetären Bonds werden somit weiter bestehen, statt wie die provinziellen vorzeitig zurückgekauft zu werden.

Der Spitzenverband der Industrie, die „Unión Industrial Argentina“, wird am 22. April Wahlen für die Ernennung des Vorsitzenden abhalten. Die Gruppe MIN („Movimiento Industrial Nacional“), die mehr protektionistisch eingestellt ist, wird den Textilunternehmer Guillermo Gotelli (chemals Alparagas-Direktor und jetzt Mitinhaber einer Sportschuhfabrik) als Kandidaten aufstellen, während die Gruppe MIA („Movimiento Industrial Argentino“), die mehr liberal eingestellt ist, den Lebensmittelunternehmer Alberto Alvarez Gaiani (Arcor-Gruppe) aufstellt. Die Tradition der Einheitsliste, mit Vertretern beider Richtungen, wird dieses Mal gebrochen.

Im März nahmen die Bankdepositen nur um \$ 141 Mio. auf \$ 73,88 Mrd. zu (einschliesslich CER) nachdem sie im Februar um \$ 2,91 Mrd. gestiegen waren. Ausgenommen Dezember ist März somit der Monat mit der geringsten Depositenzunahme seit Oktober 02. Die sogenannten „transaktionellen“ Depositen (Giro- und

Sparkonten) nahmen um \$ 800 Mio. ab und die Fristdepositen nahmen um \$ 1,88 Mrd. zu. Der Bestand an Lebac-Wechseln der ZB nahm nur um \$ 60 Mio. zu.

Die Regierung der Provinz Santiago del Estero hat den Verkauf des lokalen Stromverteilungsunternehmens EDESE, das der US-Firma Reliant Energy gehört, an eine Gesellschaft autorisiert, die sich aus Unternehmern der Provinz zusammensetzt. Vorher war die beabsichtigte Übertragung der Aktien an die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter nicht genehmigt worden. Die Käufer verpflichten sich, dem Verkäufer \$ 2,5 Mio. zu zahlen, und ausserdem übernehmen sie eine Schuld von \$ 8 Mio. gegenüber den Banken BostonBank und BBVA-Francés.

Zwischen der US-Firma Dupont und der lokalen Bunge und Born wurde ein „joint venture“ unter dem Namen Solae gebildet, das sich auf Sojaproteine und -leizitine spezialisiert wird, die der Lebensmittelindustrie geliefert werden und ebenfalls als Tiernahrung dienen. Die Firma erwartet einen Jahresumsatz von über U\$S 800 Mio.

In der Freihandelszone von Córdoba hat die Firma División MTB S.A. ihre Tätigkeit aufgenommen, die darin besteht, elektronische Anlagen von Spitzentechnologie für Fernverbindungen zu importieren und reparieren und danach zu exportieren. Dadurch, dass in diesem Fall keine Steuern erhoben werden, ist die Firma konkurrenzfähig. Gegenwärtig werden 8.000 Anlagen monatlich repariert, aber die Erwartung reicht bis auf 40.000.

Die Regierung der Provinz Catamarca hat \$ 120.000 für ein Programm zur Erzeugung von Zigarren im Departament Santa Rosa bereitgestellt. Die Interessenten werden von kubanischen Zigarrenfabrikanten ein Jahr ausgebildet und erhalten dafür eine monatliche Subvention von \$ 100.

Eine Umfrage der argentinischen Handelskammer (Cámara Argentina de Comercio) ergibt, dass 42,7% der befragten Einzelhändler im März dergleichen Umsatz wie im März des Vorjahres hatten, 21,5% einen höheren und 35,8% einen niedrigeren, 52,7% sehen eine Besserung im 2. Quartal voraus, und 62,1% meinen, die Preise würden unverändert bleiben.

Bei den Verkäufen von Obst und Gemüse, die im Zentralmarkt von Buenos Aires (an der Ausfahrtsautobahn nach Ezeiza) durchgeführt werden, wurde im März bei Gemüse eine durchschnittliche Preiszunahme von 8,4% festgestellt, während bei Obst eine Abnahme von 3,8% stattfand. Beim Obst wirkte sich vor allem der niedrigere Apfelpreis aus, was auf die soeben erfolgte Ernte zurückzuführen ist.

Die Erdölunternehmen, die auch Gas fördern, üben starken Druck auf die Regierung aus, um einen höheren Preis zu erzielen. Dieser ist frei, hängt aber vom regulierten Preis ab, der für den Transport und den Verkauf an die Endverbraucher gilt. 2001 betrug der Preis U\$S 1,30 pro Million BTU und jetzt liegt er um U\$S 0,40. Die Erdölfirmen fordern eine Rückdollarisierung zumindest für die Unternehmen, die ihre Produkte exportieren, und auch für andere. Sie führen keine neuen Forschungs- und Bohrtätigkeit durch, und drohen sogar, bestimmte Gasfelder stillzulegen, so dass es zu Gasknappheit kommen könnte. Voraussichtlich wird die Duhalde-Regierung auch dieses Problem auf die nächste übertragen.

Autos-com und Yahoo haben ihr Abkommen erneuert, das sich auf den Kauf und Verkauf von neuen und vornehmlich gebrauchten Kfz per Internet bezieht. 2002 wurde fast 1.200 Verkäufe pro Monat auf diese Weise getätigt, wobei die Zahl derjenigen, die das System verwenden, sich gegenüber 2001 verzehnfacht und die der angebotenen Kfz vervierfacht hat.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Halbherzige Depositenfreigabe

Vierzehn Monate nach der Einfrierung der Bankdepositen durch ein widerrechtliches Dekret hat Wirtschaftsminister Roberto Lavagna mit dem Dekret Nr. 739 vom 28. März, das im Amtsblatt vom 2. April verkündet wurde und am gleichen Tag in Kraft trat, sein Wort eingelöst. Die Bankdepositen, die bisher nicht von den Banken freiwillig ihren Kunden wieder zur Verfügung gestellt, durch einstweilige Verfügungen („amparos“) der Richter ausgezahlt, oder von den Depositeninhabern in

Bonds umgetauscht wurden, werden ab Dienstag nächster Woche sukzessive frei gegeben.

Diskriminierte Pesodepositen

Alle Depositen, die auf Pesos und nicht auf Dollar lauteten, werden unverzüglich den Inhabern zur Verfügung gestellt, was die Regierung schon vor vielen Monaten hätte vollziehen sollen, abgesehen davon, dass solche Einlagen überhaupt nicht einzufrieren sind. Seit Mitte 2003 hat die Pa-

nik am Devisenmarkt aufgehört, so dass die Freigabe der Pesodepositen sich nicht auf den Dollarkurs ausgewirkt hätte.

Von allen Depositeneinhabern wurden diejenigen, die auf den Peso gesetzt und nicht auf Dollar spekuliert hatten, am meisten geschädigt. Sie erhalten jetzt den Nennwert zu 2% Jahreszinssatz zurück, ohne die Wertberichtigung (Konsumentenpreise), im Kürzel genannt CER, die den Dollardepositen einen Teil ihres Verlustes ausgleicht. Minister Lavagna brüstet sich stets mit dem Argument, dass die Dollardepositen zu \$ 1,40 je US\$ plus CER und 2% Zinssatz kaufkräftig seit Anfang 2002 mehr erhalten, als die allgemeinen Einkommen und Aktiven im Land. Das trifft freilich nicht für die Inhaber von Pesodepositen zu, denen die Kaufkraft kraft nur 2% Zinssatz ohne CER von Staatswegen deutlich geschmälert worden ist. Niemand kommt für diese Verluste auf.

Dollardepositen in drei Phasen

Die ursprünglichen Dollardepositen, als Dollar und Peso eins zu eins standen, werden künftig in drei Phasen frei gegeben. Bis \$ 42.000 müssen sie am kommenden Dienstag, wertberichtigt mit \$ 1,40 je US\$ plus CER und 2% Zinssatz, was etwa \$ 2,05 zum US\$ ausmacht, von den Banken einem frei verfügbaren Konto gutgeschrieben werden. Die Differenz zum Freikurs am Tag der Dekretsverkündung von knapp unter \$ 3,00 je US\$, also \$ 0,95 je US\$, wird mit einem zehnjährigen Bonds in US\$ abgegolten. Der offizielle Referenzkurs der Zentralbank, der von jetzt ab für die Freigabe der Dollardepositen gilt, wurde am Dienstag auf \$ 2,9792 je US\$ ermittelt.

Am Platz wird angenommen, dass bei Verkauf dieser Bonds ein etwa 60prozentiger Verlust entsteht, so dass diese Depositen gesamthaft rund 20% einbüßen, immerhin viel weniger als die Depositeneinhaber, die im Vorjahr freiwillig Bonds, genannt Boden 2005 und 2012, in Zahlung angenommen haben und dabei 30% bis 60% Verlust hinnehmen müssen, sofern sie die Bonds am Markt verramschen.

Die begünstigten Kläger, denen die Richter einstweilige Verfügungen zugestanden haben, mussten nur die Anwalts- und Gerichtskosten ertragen, allenfalls auf unbestimmte Zeit auf das Urteil warten und auf das Bankgeheimnis

verzichten, das bei einem Urteil entfällt und dadurch die Steuerfahnder auf eine sichere Spur führt. Angenommene 80% der dergestalt begünstigten Sparer hatten die eingefrorenen Depositen nicht bei der Vermögenssteuer angemeldet, die demnächst fällig wird.

Bis \$ 100.000 in zweiter Phase müssen die Sparer ein neues Festgeld mit der gleichen Bank auf 90 Tage vereinbaren, das nur mit 2% verzinst wird, zuzüglich der gleichen Bedingungen wie die Dollardepositen unter diesem Betrag. Höhere Summen werden in dritter Phase mit Festgeldern auf 120 Tage unter gleichen Bedingungen bestraft.

Mögliche Folgen

Diese halbherzige Depositeneinstellung löst die Spannung am Finanzmarkt nur teilweise. Wie die angenommenen 380.000 Inhaber festgefrorener Depositen reagieren werden, bleibt abzuwarten. Man kann sich freiwillig den Bedingungen fügen, allenfalls neue Festgelder je nach Betrag vereinbaren, die CER-Berichtigung plus 2% Zins erhalten und für den Saldo einen zehnjährigen Dollarbonds übernehmen, letzteres wie weiland Anfang 1990 mit dem Bonex genannten ebenfalls zehnjährigen Dollarbonds, der muster-gültig bedient und getilgt worden ist.

Man kann aber auch darauf verzichten, eine einstweilige Verfügung abwarten, die dadurch entstehende Illiquidität auf unbestimmte Zeit bis zur Urteilsfällung und das Risiko des entfallenden Bankgeheimnisses hinnehmen, jeweils in der Hoffnung, gelegentlich den vollen Dollarbetrag zum Tageskurs zu erhalten. Möglicherweise werden die meisten Inhaber von Dollardepositen über \$ 100.000 auf den jüngsten Vorschlag der Regierung verzichten und warten, bis ein Richter eine einstweilige Verfügung erlässt und sie den vollen US\$-Betrag erhalten. Ebenso können Sparer die jetzigen Depositen weiterhin behalten und erwarten, dass die Wertberichtigung CER plus 2% Zinssatz mehr als die Abwertung bzw. Aufwertung des Peso abwirft.

Probleme für Banken

Für die Banken entsteht ein neues Problem. Sie müssen nun damit rechnen, dass viele Kunden ihr Geld fordern werden. Sie können ihnen freilich attraktive Konditionen für neue Festgelder anbieten, allenfalls auch einen besseren als den Marktpreis für die

Bonds in Abgeltung der Kursdifferenz von \$ 0,95 je US\$, oder sich sonst wieder wie früher um Kundenwerbung bemühen, damit ihnen die Liquidität erhalten bleibt, die sie in den letzten Monaten aufgebaut haben, ohne sie in Kredite umzuwandeln.

Hinzu kommt die überraschende Entscheidung Präsident Duhaldes, angeblich auf Geheiss seines Lieblingskandidaten Gouverneur Néstor Kirchner, wonach die Exekutive auf die von Minister Lavagna verheissene Ausgabe neuer Bonds an die Banken verzichtet und sie in ein Gesetzesprojekt zu Händen des Kongresses kleiden wird. Diese Bonds sollen die Verluste ausgleichen, die den Banken in Milliardenhöhe entstanden, weil die Dollarkredite eins zu eins zum Peso vorgeschrieben wurden, während die Depositen mit \$ 1,40 je US\$, also mit einem Verlust von \$ 0,40 je US\$, plus CER und 2% Zinssatz, gleich bisher \$ 2,05 je US\$, verbucht werden. In einigen Fällen erfolgt die Wertberichtigung nach dem Lohnindex, im Kürzel CUS, der weniger als der CER gestiegen ist. Hinzu kommt der Verlust, der sich aus den einstweiligen Verfügungen der Richter zum jeweiligen Freikurs ergeben, gegenwärtig \$ 0,95 je US\$.

All diese Bankverluste zu Lasten ihrer Ertrags- und Vermögensbilanzen sind eine direkte Folge der politischen Regierungsentscheidung, die brutale Abwertung mit der sogenannten asymmetrischen Pesifizierung und nachfolgenden Depositeneinfrierung zu begleiten. Die Kosten solcher Entscheidungen muss die Regierung tragen, die sie in Gestalt der Bonds für viele Milliarden Pesos und Dollar höherer Staatsverschuldung den kommenden Generationen von Steuerzahlern aufbürdet, die selbstverständlich nicht gefragt worden sind. Ob und wann der Kongress handelt, steht vorerst in den Sternen geschrieben.

Kandidat Kirchner wollte offenbar seinen Wahlfeldzug nicht mit der Entscheidung der ihn unterstützenden Regierung belasten, den Banken angeblich finanziell geholfen zu haben. Banken sind in der Sicht dieser Politiker offenbar Bösewichte, die zu bestrafen, aber nicht zu begünstigen sind. Die

Regierung Duhaldes hat mit ihrer Entscheidung, dieses brennende Problem der Bankfinanzen der nächsten Regierung zu vererben, ist doch der Kongress jetzt schon in Hinblick auf die Wahlen weitgehend handlungsunfähig, ein neues Erbe zu den zahlreichen anderen zu Lasten der gewählten Regierung addiert.

Aufrechnung der ZB-Vorschüsse mit Bonds

Im gleichen Dekret, das die Bankdepositen auftaut, hat die Regierung verfügt, dass die Banken, die von der Zentralbank mit Rediskonten und Vorschüssen für über \$ 17 Mrd. begünstigt worden sind, um ihren Zusammenbruch ab Anfang 2002 zu verhüten, diese Verbindlichkeiten im gleichen Ausmass tilgen, wie ihre Bonds, die sie in Deckung gegeben hatten, amortisiert werden. Maximal 70 Monatsquoten ab März 2004 sind vorgesehen. Jede Quote darf nicht weniger als 0,90% der Schulden ausmachen. Das Schuldkapital wird mit der Wertberichtigung CER versehen, wie auch die sogenannten garantierten Bonds („préstamos garantizados“). Die Tilgungen sind zu erhöhen, wenn die Bondszinsen mehr als 3,50% betragen, ebenso wenn die Kapitaltilgungen der Bonds höher ausfallen oder wenn die Banken freiwillig zahlen. Das Schuldkapital wird mit 3,50% per annum verzinst.

Mit diesem Mechanismus entfällt der ständige Finanzdruck auf die verschuldeten Banken, beileibe nicht alle, aber sicherlich die grossen Staatsbanken und einige private Finanzanstalten, die Depositen nur eins zu eins zeitgleich mit Tilgungen der Rediskonte und Vorschüssen der Zentralbank auszahlen durften. Dadurch wurden die Banken daran verhindert, mit wachsenden Depositen ihre Kreditfähigkeit wieder aufzunehmen, die praktisch seit Anfang 2002 erloschen ist, Sonderfälle ausgenommen. Allerdings werden die Banken mit der Vergabe von Darlehen weitgehend warten, bis die Regierung sie für die Verluste schadlos hält, die ihnen durch die asymmetrische Pesifizierung aufgebürdet worden sind.

Stark gestiegene Steuereinnahmen im März

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im März mit \$ 4,82 Mrd. um 56,8% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 3,6% über dem Vormonat. Dieses Ergebnis ist stark durch die Exportsteuern beeinflusst, die erst nach März 2002 auf 20% angehoben wurden. Die Steuern auf den Aus- und Import, einschliesslich der Importzölle, lagen im März mit \$ 874,1

Mio. um 420,2% über dem Vorjahr. Hingegen lag der Erlös der Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen mit \$ 420,9 Mio. nur um 34,5% über dem Vorjahr, stieg also weniger als die Gesamtzunahme der Fiskaleinnahmen. Das deutet darauf hin, dass stärker auf Bargeldverkehr übergegangen wurde, wozu auch die Aufhebung der Begrenzung der Barabhebungen, die Cavallo Ende November 2001 eingeführt hatte, beigetragen haben dürfte. Ein Steuer mit einem so hohen Satz (0,6% auf Einzahlungen und ebensoviel auf Belastungen der Konten) fördert den Bargeldverkehr und wirkt somit gegen die Zunahme dieser Depositen, die jetzt umso notwendiger ist, als die neuen Fristdepositen einen sehr begrenzten Umfang haben.

Die MwSt. lag mit \$ 1,50 Mrd. um 44,7% über dem Vorjahr und um 10,7% über dem Vormonat. Dabei nahmen jedoch die Rückgaben der Steuer an Exporteure, die \$ 299,1 Mio erreichten, um 670,5% gegenüber dem Vorjahr zu. Die direkt vom Steueramt eingenommene MwSt. lag mit \$ 1,27 Mrd. um 51,8% höher als im Vorjahr, und die vom Zollamt einbehaltene Steuer lag um 121,7% höher, was auf erhöhte Importe und die Abwertung nach März 2002 zurückzuführen ist. Die Nettoeinnahmen der MwSt. haben einen Anteil von 31% an den Gesamteinnahmen, während es in normalen Zeiten über 40% waren.

Die Gewinnsteuer lag mit \$ 783,3 Mio. um 63,1 % über dem Vorjahr und um 2,5% unter dem Vormonat. Letzteres erklärt sich, weil im Februar die letzte Rate des Vorschusses fällig war. Der starke Sprung gegenüber dem Vorjahr wird vorwiegend darauf zurückgeführt, dass keine Wertberichtigung zugelassen wurde, so dass auf Inflationsgewinne gezahlt wurde. Das hat zu einem allgemeinen geharnischten Protest geführt, vornehmlich der Landwirte, aber auch der Verbände der Steuerexperten. Doch Lavagna gab nicht nach.

Die Unternehmerbeiträge zum Rentensystem nahmen mit \$ 491,4 Mio. gegenüber dem Vorjahr um 20,6% zu, und gegenüber dem Vormonat um 11,6% ab. Letzteres ist nur durch einen stark gestiegenen Zahlungsverzug zu erklären. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr deutet auf höhere Löhne und Gehälter und auch auf höhere Beschäftigung hin. Es scheint eben doch mehr Lohnzulagen gegeben haben, als man bei der allgemeinen Einfrierung hätte annehmen sollen. Die persönlichen Beiträge lagen mit \$ 314,8 Mio. um 21,8% über dem Vorjahr und um 1,6% über dem Vormonat, wobei davon \$ 159,1 Mio. auf das private Kapitalisierungssystem entfallen, das eine niedrigere interanuelle Zunahme verzeichnet, nämlich 19,2%, und auch einen Rückgang von 2,9% gegenüber Februar. Nachdem Cavallo den Beitrag zum privaten System von 11% auf 5% gesenkt hatte, und erst im März (also bei den April-Einnahmen) eine erste Zunahme um 2 Punkte eintritt, sollte man meinen, dass mehr Personen vom staatlichen System, bei dem sie 11% zahlen, auf das private übergegangen sind. Das war jedoch nicht der

Fall.

Unter den sonderbaren Erscheinungen bei den Steuereinnahmen sei vermerkt, dass die Einnahmen aus der Benzinststeuer im Vorjahresvergleich nur um 14,4% zunahm, obwohl der Preis stark gestiegen ist. Offensichtlich ist der Benzinkonsum stark zurückgegangen, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass ein explosiver Übergang auf Pressgas stattgefunden hat, bei dem die Treibstoffkosten auf ein Viertel sinken. Hingegen lagen die Einnahmen aus anderen Brennstoffen, vornehmlich Dieseltreibstoff, um 53,2% über dem Vorjahr.

Bei der Aufteilung der Steuern erhielt der Nationalstaat im März 71,9% mehr als im Vorjahr, die Provinzen um 38,7% mehr und das System der sozialen Sicherheit 26,8% mehr. Das starke Gewicht der Exportsteuern, an denen die Provinzen nicht beteiligt sind, und auch der Steuer auf Bankkontenbewegungen, bei denen die Provinzen mit einem geringeren Schlüssel beteiligt sind, haben zu diesem Ergebnis geführt, und somit die Provinzen unter Druck gesetzt, da sie ausserdem zum grossen Teil Defizite abbauen müssen. In diesem Sinn sei bemerkt, dass die Provinz Buenos Aires im März eine interanuelle Zunahme der Einnahmen aus ihren eigenen Steuern von 111% verzeichnet (und von 94,5% im 1. Quartal), was auf einen deutlichen Fortschritt bei der Eintreibung hinweist und wohl auch mit der starken Erhöhung des Einkommens der Landwirtschaft zusammenhängt. Im allgemeinen nahmen die Steuereinnahmen der Provinzen stärker als die nationalen zu, wobei jedoch kaum eine andere Provinz eine Zunahme der Grössenordnung derjenigen von Buenos Aires erreicht hat.

Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
2002						
Mai	2.343	(2.574)	862	(2.090)	1.481	(484)
Juni	2.213	(2.513)	687	(1.747)	1.526	(766)
Juli	2.211	(2.355)	813	(1.769)	1.398	(586)
August	2.151	(2.510)	764	(1.818)	1.386	(692)
September	2.250	(2.199)	717	(1.432)	1.534	(767)
Oktober	2.229	(2.098)	874	(1.511)	1.355	(587)
November	2.160	(2.103)	807	(1.333)	1.353	(770)
Dezember	1.966	(2.279)	781	(2.058)	1.185	(221)
Total	25.352	(26.655)	8.988	(20.312)	16.364	(6.343)
2003						
Januar	2.162	(1.823)	798	(853)	1.328	(970)
Februar	2.072	(1.801)	777	(627)	1.295	(1.174)
2 Mon. 03	4.198	(3.624)	1.575	(1.480)	2.623	(2.144)
Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. (...) = Vorjahr						